

Einladung

zur 26. Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer am
Mittwoch, 16. Juli 2014, 19.00 Uhr,
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Protokolle
 - 2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 26.03.2014
- wird nachgereicht -
 - 2.2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 21.05.2014
- wird nachgereicht -
3. **V E R W A L T U N G S V O R L A G E N**
 - 3.1. Denkmal für den unbekanntem Deserteur auf dem Stadteilfriedhof Fössefeld
(Drucks. Nr. 1645/2014 mit 2 Anlagen)
- Anhörung -
 - 3.2. GS Egestorffschule, Verbesserung der Flucht- und Rettungswege
(Drucks. Nr. 15-1604/2014 mit 3 Anlagen)
- Entscheidung -
 - 3.3. Schulergänzende Betreuungsmaßnahme an der Grundschule
Albert-Schweitzer-Schule
(Drucks. Nr. 15-1356/2014)
- Entscheidung -
4. **S A N I E R U N G**
 - 4.1. Bericht aus der Sanierungskommission Linden-Limmer
5. **EIGENE MITTEL** des Stadtbezirksrates
(Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)
- werden ggf. nachgereicht -
6. **A N T R Ä G E**

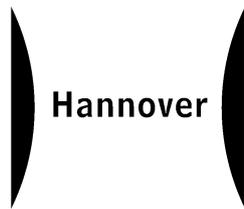
- 6.1. Interfraktionelle Anträge bzw. Gemeinsame Anträge
 - 6.1.1. Die IGS Linden soll durch die LHH bei der Umwandlung der Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich der IGS Linden in eine Sozialpädagogenstelle unterstützt werden (Drucks. Nr. 15-1617/2014 mit 2 Anlagen)
 - 6.1.2. Modellprojekt digitale Bürgerbeteiligung: Einrichtung eines öffentlichen Forums zu Themen des Bezirksrates (Drucks. Nr. 15-1615/2014)
- 6.2. der CDU-Fraktion
 - 6.2.1. Erhöhung der Taktfrequenz auf Stadtbahnlinie 9 im Berufsverkehr (Drucks. Nr. 15-1343/2014)
- 6.3. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - 6.3.1. Entwicklung des Ihmezentrums (Drucks. Nr. 15-1618/2014)
 - 6.3.2. Müllbehälter in öffentlichen Grünanlagen bedarfsgerecht aufstellen und leeren (Drucks. Nr. 15-1619/2014 mit 3 Anlagen)
 - 6.3.3. Die Aufpflasterung innerhalb des Taxiplatzes Kötnerholzweg soll rückgebaut werden (Drucks. Nr. 15-1620/2014 mit 1 Anlage)
- 6.4. der SPD-Fraktion
 - 6.4.1. Tempo 30 Zone Stephanusstr. - Lindener Marktplatz (Drucks. Nr. 15-1621/2014)
- 6.5. von Bezirksratsherrn Schimke
 - 6.5.1. Fahrradständer vor dem Ferry aufstellen (Drucks. Nr. 15-1607/2014)
- 7. A N F R A G E N
 - 7.1. der Fraktion DIE LINKE.
 - 7.1.1. Sachstand Ihmezentrum (Drucks. Nr. 15-1634/2014)
 - 7.1.2. "Hamburger Modell" (Drucks. Nr. 15-1630/2014)
 - 7.1.3. Wohnungsleerstand im Stadtbezirk Linden-Limmer (Drucks. Nr. 15-1636/2014)
 - 7.1.4. Stadtteilbibliothek im FZH-Linden

(Drucks. Nr. 15-1633/2014)

- 7.1.5. Sanierung des Fössebadens
(Drucks. Nr. 15-1632/2014)
- 7.1.6. Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität auf der Limmerstraße
(Drucks. Nr. 15-1635/2014)
- 8. Informationen über Bauvorhaben
- 9. Bericht des Stadtbezirksmanagements
- 10. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr
nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes

G r u b e
Bezirksbürgermeister

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Verwaltungsausschuss

	Nr. 1645/2014
Anzahl der Anlagen	2
Zu TOP	

Denkmal für den unbekanntem Deserteur auf dem Stadteifriedhof Fössefeld

Antrag,

- 1) dem in der Anlage 1 beigefügten Text für eine Tafel zur Information und Erinnerung und
- 2) der Widmung des von dem Künstlerehepaar Almut und Hans-Jürgen Breuste konzipierten Kunstobjektes „UNGEHORSAM 1939 bis 1945“ als Denkmal zum Gedenken an die Deserteure (Anlage 2).

zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Drucksache berührt, soweit sie das Denkmal und den Text der Informations- und Erinnerungstafel betrifft, keine Gender-Aspekte.

Kostentabelle

Eventuell anfallende Unterhaltungs- und Pflegekosten für das Denkmal werden aus laufenden Haushaltsmitteln der baulichen Unterhaltung für den Fachbereich 43 finanziert.

Begründung des Antrages

Zu 1)

Der Text für eine Informations- und Erinnerungstafel wurde federführend von der Otto-Brenner-Akademie in Zusammenarbeit mit dem Friedensbüro und in Abstimmung mit dem Projekt Erinnerungskultur im Fachbereich Bildung und Qualifizierung erarbeitet.

Das wesentliche Ziel dieser Tafel besteht darin, das Thema "Deserteure" am authentischen Ort sichtbar zu machen (beim Stadteifriedhof Fössefeld handelt es sich um den ehemaligen Militärfriedhof Hannover-Limmer), darüber aufzuklären und anhand exemplarischer Biografien über Einzelschicksale zu berichten.

Mit den gegebenen Literaturhinweisen werden Interessierte und mit Bildungsaufgaben Befasste in die Lage versetzt, weitergehende Erkenntnisse aufzunehmen und insbesondere für die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen zu nutzen.

Weiterhin besteht das Ziel, Schulen bei Bedarf darin zu unterstützen, in Kooperation mit der Otto-Brenner-Akademie Projekte durchführen zu können.

Die didaktischen Informationen, die pädagogische Arbeit und die Projekte zu den durch die NS-Militärjustiz getöteten, männlichen Deserteuren werden Gender-Aspekte berücksichtigen müssen.

Auf dem Stadteilfriedhof Fössefeld sind vor allem deutsche Soldaten des Ersten und des Zweiten Weltkriegs bestattet. In den 1950er und 1960er Jahren wurden hier auch zivile Bestattungen durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Installation des Kunstobjektes zum Gedenken an die Deserteure wird eine zweiseitige Informationstafel in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün aufgestellt, die auf der einen Seite über die Geschichte des Friedhofs informiert, auf der anderen Seite über das besondere Schicksal der Deserteure mit dem in Anlage 1 dargestellten Text.

Zu 2)

Das Kunstwerk „UNGEHORSAM 1939 bis 1945“ ist von Almut und Hans-Jürgen Breuste konzipiert.

Trichterförmige Gussteile gestapelt, dynamisch und streng, offen und sich nach unten verengend fordern die Betrachterin und den Betrachter in der Fähigkeit und Bereitschaft, wahrzunehmen und zu erkennen.

Das Kunstwerk stapelt das einzelne Schicksal, es stapelt die Geschichte und setzt sich in Beziehung zum Friedhof.

Das Objekt „UNGEHORSAM 1939 bis 1945“ hat die Kraft, als Denkmal für den unbekanntem Deserteur zur Nachdenklichkeit anzuregen und den Stadteilfriedhof Fössefeld zum Ort differenzierter Betrachtungen im Sinne einer ideologiefreien Erinnerungskultur zu entwickeln.

Über den Standort zum "Denkmal für den unbekanntem Deserteur" auf dem Trammplatz werden Gespräche mit den seinerzeitigen Initiatoren geführt.

43.44/ 43
Hannover / 03.07.2014

Text-Vorschlag:

Informations- und Erinnerungstafel für den Stadteifriedhof Fössefeld,

Opfer der NS-Militärjustiz

Abb. Übersichtsplan mit den Gräbern, Foto vom Gräberfeld

Einleitung

Auf dem Stadteifriedhof Fössefeld (dem ehemaligen Militärfriedhof Hannover-Limmer) sind neben den anderen in Hannover verstorbenen Soldaten auch solche, die von der NS-Militärjustiz verurteilt und hingerichtet wurden: Zu den Hingerichteten gehören Fahnenflüchtige, Wehrkraftzersetzer und wegen Kriegsverrats Verurteilte.

„Fahnenflüchtig“ war, wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verließ oder ihr fernblieb, um sich der Verpflichtung zum Wehrdienst dauernd oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes zu entziehen. Mit der Bestrafung der Fahnenflucht sollte die Kriegsfähigkeit des Militärs geschützt werden. Der fahnenflüchtige Soldat wird „Deserteur“ genannt.

Wegen „Wehrkraftzersetzung“ wurde bestraft, wer in irgendeiner Weise „kriegsstörend“ war, sei es durch Kriegsdienst- oder Eidverweigerung, durch die Infragestellung des „Endsieg“, durch Kritik an Hitler, der NS-Ideologie oder Selbstverstümmelung, um dem Militärdienst zu entgehen.

„Kriegsverrat“ beging, wer den Feind begünstigte: Wer z.B. Flugblätter der Alliierten verteilte oder wer Kriegsgefangenen oder Juden half.

Besonders gnadenlos gingen die Militär Richter des Nationalsozialismus gegen Soldaten vor, die den Unrechtskrieg nicht (weiter) mittragen wollten. Dabei waren die Motive für eine Verweigerung sehr individuell: Manche konnten nicht mehr, andere wollten nicht mehr, andere hatten religiöse oder Gewissensgründe, wieder andere wollten anderen nur helfen. Es wurden durch die NS-Militärjustiz ca. 30.000 Todesurteile gefällt, von denen ca. 20.000 auch vollstreckt wurden. Im Vergleich dazu wurden im Ersten Weltkrieg bei 148 Todesurteilen 32 deutsche Soldaten hingerichtet.

Hingerichtete Soldaten aus Hannover

Auch Soldaten aus Hannover waren unter den während des Krieges Hingerichteten. Bekannt sind derzeit 36 Personen.¹ Darunter war auch Adolf Oppermann aus Linden/Limmer, der am 19.3.1943 in Brandenburg-Görden hingerichtet wurde. Dort wurden mindestens sechs weitere Hannoveraner zwischen 1942 und 1944 exekutiert. Ihre sterblichen Überreste wurden am Ort der Hinrichtung begraben.

Hingerichtete Wehrmachtssoldaten auf dem Stadteifriedhof Fössefeld

Die hingerichteten Soldaten auf dem Stadteifriedhof Fössefeld stammen – mit wenigen Ausnahmen – nicht aus Hannover, sondern kommen aus ganz Deutschland. Die Angeklagten kamen nach ihrer Verurteilung (die Prozesse entsprachen nicht annähernd rechtsstaatlichen Anforderungen) in das Wehrmachtuntersuchungsgefängnis am Waterlooplatz 16. Sie wurden dann auf dem Gelände der heutigen Emmich-Cambrai-Kaserne in Vahrenheide zum Hinrichtungsplatz geführt. Zehn Schützen standen fünf Schritte vom Verurteilten entfernt und erschossen den Verurteilten. Zur Abschreckung mussten weitere Soldaten der Hinrichtung beiwohnen.

¹ Buchterkirchen (2011).

Die Beisetzung auf dem Stadteilfriedhof Fössefeld sollte ohne Aufsehen und öffentliche Aufmerksamkeit stattfinden. Es ist bekannt, dass auf dem Stadteilfriedhof Fössefeld mindestens 43 hingerichtete Soldaten der Wehrmacht bestattet wurden.² Von 15 ist bekannt, dass sie als Deserteure oder Wehrkraftzersetzer hingerichtet wurden.

Durch Suizid verstorbene Wehrmachtssoldaten

Auf dem Stadteilfriedhof Fössefeld sind mindestens 22 Soldaten bestattet, die während des 2. Weltkrieges durch Suizid aus dem Leben geschieden sind. Auch sie sind zwischen den anderen Soldaten beerdigt worden. Die Gräber sind nicht kenntlich gemacht.

Bei den hingerichteten und durch Suizid verstorbenen Wehrmachtsangehörigen handelt es sich vorwiegend um einfache Soldaten, Kanoniere oder Schützen. Sie sind Gefreite und Obergefreite gewesen, dazu kamen fünf Unteroffiziere und ein Offizier. Die meisten Opfer waren im Alter zwischen 25 und 30 Jahren.

Sie sind vorwiegend in den Abteilungen 21, 10 und 18 sowie 8 und 19 beerdigt worden. (siehe Übersichtstafel)

Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz

Auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Deserteure als Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland nicht automatisch rehabilitiert. Erst 2009 hob der Deutsche Bundestag die letzten Urteile der NS-Militärjustiz auf und wurden die Verurteilten formal rehabilitiert.

Einzelchicksale

Stellvertretend für die Opfer stehen die beiden Werdegänge:

Anton(ius) Biesterfeld

Er wurde am 16.12.1919 im niederländischen Breda geboren. Sein Vater war Deutscher. 1942 kam er zur Marine und wurde nach Frankreich versetzt. Vermutlich wegen seiner schlechten Deutschkenntnisse wurde er von seinen „Kameraden“ schikaniert und bat sogar – vergeblich –, an die Front versetzt zu werden. Im Sommer 1944 versuchte er, sich nach Spanien abzusetzen, wurde jedoch gefasst und in Bordeaux wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Am 9.11.1944 wurde er in Hannover hingerichtet. Sein Grab liegt in Abteilung 19.³

Hubert Breitschaft

Abb. Foto

Er wurde am 11.11.1903 in der Oberpfalz geboren, war verheiratet, hatte zwei Kinder und arbeitete als Lehrer. Schon 1934 äußerte er sich kritisch zum Nationalsozialismus, gab aber 1937 dem ständigen Druck seines Umfeldes nach und wurde als letzter Lehrer seines Bezirks Mitglied der NSDAP.

1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und wurde Oberzahlmeister. Nach dem Attentat vom 20.7.1944 auf Hitler äußerte er sich spontan: „Schade, dass es ihn nicht erwischt hat! Der Kerl hat schon zu viele ins Unglück gestürzt.“ Er wurde durch den Funker denunziert.

Breitschaft wurde am 2.4.1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“ in Rumänien zum Tode verurteilt. Zwei Gnadengesuche wurden abgelehnt. Breitschaft saß dann im Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis in Hannover (am Waterlooplatz) ein.

Er wurde am 12.12.1944 in Hannover auf dem Schießstand der Kaserne in Vahrenheide erschossen und auf dem heutigen Stadteilfriedhof Fössefeld beerdigt. Sein Grab liegt in Abteilung 18.⁴

² Trolp (2009).

³ Quelle: BA-MA: RM 123/14225.

⁴ Quelle: Friedrich Arnold: Mitteilungen über einen Todesfall. In: Schule & Wir, München, April 1988.

Literaturhinweise

Ralf Buchterkirchen: "...und wenn sie mich an die Wand stellen". Desertion, Wehrkraftzersetzung und "Kriegsverrat" von Soldaten in und aus Hannover 1933-1945. Neustadt 2011

Werner Trolp: Zwei Hinrichtungsbefehle aus Hannover und die Identifizierung der Gräber hingerichteter Deserteure, „Selbstmörder“ und Soldaten auf dem Friedhof Fössefeld. In: Hannoversche Geschichtsblätter, Bd. 63, 2009, S. 147-168.

Bearbeitet von Jonny Peter, Otto Brenner Akademie, mit Anregungen von Ralf Buchterkirchen, Klaus Falk und Dr. Karljosef Kreter, Landeshauptstadt, FB Bildung und Qualifizierung, Projekt Erinnerungskultur



» LINGEHORSAM ◀
1939 - 1945

Fössefriedhof

a. u. d. h. j. brennte

Denkmal für die Deserteure
aus dem zweiten Weltkrieg
auf dem Stadteilfriedhof Fössefeld

UNGEHORSAM
1939 – 1945

Trichterförmige Gussteile gestapelt. Dynamisch und streng. Eine offene, runde Form, sich nach unten verengend. Mit massiven Eisenklammern zusammen gehalten.

Stapelung des einzelnen Schicksals. Stapelung der Geschichte.

Und der Friedhof spiegelt die Vergangenheit wider, erinnert, gedenkt, ehrt.

Und dazwischen die Deserteure, lange geächtet, bis weit hinein in unsere Demokratie.

Sie waren ungehorsam in einer Zeit, wo dies scheinbar unmöglich war. Sie waren ungehorsam und haben sich der Eintrichterung und der Einklammerung des NS-Regimes und deren Gesellschaft entzogen.

Sie haben nicht gesiegt, aber sie haben etwas hinterlassen, worüber es sich bis heute lohnt immer und immer wieder nachzudenken. Der Mut seinem eigenen Gewissen zu folgen.

a. breuss
17. September 2012

Interfraktioneller Antrag

(Antrag Nr. 15-1617/2014)

Eingereicht am 01.07.2014 um 20:00 Uhr.

Die IGS Linden soll durch die LHH bei der Umwandlung der Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich der IGS Linden in eine Sozialpädagogenstelle unterstützt werden

Antrag

Der Bezirksrat Linden – Limmer unterstützt die anhängende Resolution der IGS Linden und bittet die Schulverwaltung der LHH, die Schule gegenüber Entscheidungsträgern bei dem Bemühen, die Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich in eine dauerhafte Sozialpädagogenstelle umzuwandeln, zu unterstützen.

Begründung

Die IGS ist aufgrund der besonderen Herausforderungen in der Schülerschaft auf eine gute und angemessene Personalausstattung angewiesen. Trotz einer seit 3 Jahrzehnten bekannten Unterversorgung im sozialpädagogischen Bereich ist es bisher nicht gelungen diesen Mangel nachhaltig zu beseitigen. Die Möglichkeit besteht derzeit und hochaktuell mit der Umwandlung der Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich der IGS Linden in eine Sozialpädagogenstelle. Der Bezirksrat unterstützt dieses Anliegen der Schule und fordert alle Bescheidungsträger zu einem Handeln in diesem Sinne auf.

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Interfraktioneller Antrag
Stadtbezirksrat Linden-Limmer

An den
Bezirksbürgermeister
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Herrn Rainer-Jörg Grube

Hannover, 01.07.2014

über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Antrag gem. Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung
des Stadtbezirksrates am 16.07.2014

Die IGS Linden soll durch die LHH bei der Umwandlung der Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich der IGS Linden in eine Sozialpädagogenstelle unterstützt werden

Der Bezirksrat beschließt:

Der Bezirksrat Linden – Limmer unterstützt die anhängende Resolution der IGS Linden und bittet die Schulverwaltung der LHH, die Schule gegenüber Entscheidungsträgern bei dem Bemühen, die Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich in eine dauerhafte Sozialpädagogenstelle umzuwandeln, zu unterstützen.

Begründung:

Die IGS ist aufgrund der besonderen Herausforderungen in der Schülerschaft auf eine gute und angemessene Personalausstattung angewiesen. Trotz einer seit 3 Jahrzehnten bekannten Unterversorgung im sozialpädagogischen Bereich ist es bisher nicht gelungen diesen Mangel nachhaltig zu beseitigen. Die Möglichkeit besteht derzeit und hochaktuell mit der Umwandlung der Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich der IGS Linden in eine Sozialpädagogenstelle. Der Bezirksrat unterstützt dieses Anliegen der Schule und fordert alle Bescheidungssträger zu einem Handeln in diesem Sinne auf.

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
SPD

.....
DIE LINKE.

.....
CDU

.....
Piraten

.....
Jörg Schimke

Resolution

Die Gesamtkonferenz und der Schulvorstand der IGS Linden fordern die Verantwortlichen in der Landespolitik- und Verwaltung auf, den Bereich der Schulsozialarbeit an der IGS Linden endlich dem Standard der anderen Integrierten Gesamtschulen der Gründerphase anzugleichen und die demnächst freiwerdende Erzieherstelle in eine Sozialpädagogenstelle umzuwandeln!

- **Seit 27 Jahren** ist die IGS Linden im sozialpädagogischen Bereich unterversorgt, da sie lediglich über zwei Sozialpädagogenstellen und eine Erzieherstelle verfügt, während andere Integrierte Gesamtschulen dieser Größenordnung mit drei SchulsozialpädagogInnen ausgestattet sind.
- **Seit 20 Jahren** weist die Integrierte Gesamtschule auf diese Unterversorgung hin und stellt fortlaufend Anträge, führt Gespräche mit PolitikerInnen, schreibt Appelle und fordert die Einrichtung einer dritten Stelle im sozialpädagogischen Bereich. Dies auch gezielt im Hinblick auf die große Gruppe türkisch stämmiger SchülerInnen an der IGS Linden, die rund 300 Familien zählt, oftmals schwer erreichbar ist und dringender Unterstützung bedarf, um angemessen an der Schule und der Gesellschaft insgesamt partizipieren zu können.
- **Seit 10 Jahren** arbeitet der Sozialpädagoge Soncan Somji an der IGS Linden in den unterschiedlichsten Anstellungsverträgen: auf Honorarbasis, mit reduzierten Stunden aus Teilzeitverträgen und über verschiedene Träger stundenweise im Beratungsbereich. Er baut eine Brücke zwischen den Kulturen, unterstützt die SchülerInnen und ihre Familien und kann großartige Erfolge seiner Arbeit aufweisen. Nicht zuletzt war es seiner Arbeit zu verdanken, dass die IGS Linden 2009 auf einen Schlag drei Preise erhielt: den TUI-Integrationspreis der Stadt Hannover, damals überreicht von Oberbürgermeister Stefan Weil, den Jakob-Muth-Preis der Bundesregierung für Inklusion und den Preis der Landesregierung als berufswahl- und ausbildungsfreundliche Schule in der Region. Der heutige Ministerpräsident Weil betonte damals bei der Verleihung des Integrationspreises, der Preis gehe ausdrücklich an den sozialpädagogischen Bereich der IGS Linden.
- **Seit knapp einem Jahr** bemüht sich die IGS Linden darum, die Umwandlung der im Herbst freiwerdenden Erzieherstelle in eine Sozialpädagogenstelle genehmigt zu bekommen, um dem Engagement von Herrn Somji (der inzwischen mit drei Jobs seine Familie ernährt) an der IGS Linden eine Perspektive zu geben, denn seine Arbeit ist für die IGS Linden unverzichtbar.
- **Seit einer Woche** scheint nun festzustehen: Herr Somji wird nicht hauptamtlich an der IGS arbeiten können, weil die Erzieherstelle nicht umgewandelt wird in eine Sozialpädagogenstelle und es steht zu befürchten, dass die Erzieherstelle komplett wegfällt.

Das reicht! Wir sind mit unserer Geduld am Ende!

Wir wenden uns hiermit an alle Verantwortlichen und an Freundinnen und Freunde der IGS Linden und bitten um ihre Unterstützung!

Wir verlangen die Umwandlung der Erzieherstelle im schulsozialpädagogischen Bereich der IGS Linden in eine Sozialpädagogenstelle -- Entgeltgruppe 9! Jetzt !!

Die IGS Linden steht seit Jahrzehnten für Integration und Inklusion, wir arbeiten Tag täglich phantasievoll und mit oft unkonventionellen Ideen für eine Verbesserung der Chancengleichheit unter den SchülerInnen an unserer Schule. Es reicht uns nicht Preise zu erhalten und als Vorzeigeschule in schul- und parteipolitischen Veranstaltungen und Redebeiträgen zu dienen!

Wir sind auf eine angemessene personelle Ausstattung des sozialpädagogischen Bereichs angewiesen!

Soncan Somji muss mit einer vollen Stelle an der IGS Linden angestellt werden!

Chronik der Bemühungen um eine dritte SozialpädagogInnen-Stelle im Rahmen der Schulsozialarbeit an der IGS Linden

- 1994** Antrag an die Bezirksregierung auf Bereitstellung einer dritten Soz.Päd.-Stelle im Sinne der Gleichbehandlung mit anderen Schulen (Garbsen/Roderbruch/Langenhagen/Mühlenberg)
- 1998** Antrag an die Bezirksregierung auf Einrichtung einer Stelle für einen Sozialpädagogen speziell für die Arbeit mit türkischen Jugendlichen und deren Familien
- 2005** Antrag an die Landesschulbehörde auf Zuweisung von 20 zusätzlichen Stunden im Rahmen eines Modellversuchs zur gezielten Betreuung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund
- 2009** Besuch bei Frau Schanz, Kultusministerium. Bitte um Unterstützung bei der Einrichtung der Sozialpädagogenstelle zur Betreuung der türkischen SchülerInnen
- 2009 Gespräch mit der Landesbeauftragten für Migration, Frau Deihimi, und Bitte um Unterstützung bei der Einrichtung der o.g. Soz.Päd.-Stelle.
- 2009 **Appell (offener Brief)** der SchulsozialpädagogInnen an unterschiedliche Behörden und Gremien (intern und extern), eine Stelle zur Unterstützung der Arbeit mit den türkischen Kindern und Jugendlichen und deren Familien einzurichten
- 2009 Brief und Antrag des Schulvorstandes an die Kultusministerin Frau Heister-Neumann auf Einrichtung einer Soz.Päd.Stelle und Anstellung des Sozialpädagogen Soncan Somji an der IGS Linden
- 2011** Gespräch mit Frau Özkan (Sozialministerin nds.) mit der Bitte, die Schaffung einer Stelle zur Unterstützung der Arbeit mit den türkischen Kindern und Jugendlichen und deren Familien voranzutreiben
- 2011 Antrag auf Einrichtung der o.g. Stelle über BUT-Mittel
- 2011 Interfraktioneller Antrag im Bezirksrat, der einstimmig abgestimmt wurde, an die Stadt, aus den BUT –Mitteln die o.g. Stelle an der IGS Linden einzurichten
- 2011 Brief an Oberbürgermeister Weil, die Einrichtung einer Stelle für einen Sozialpädagogen speziell für die Arbeit mit türkischen Jugendlichen und deren Familien über BUT-Mittel, die der Stadt zugewiesen wurden, zu unterstützen
- 2012** Brief und Antrag, an die Sozialministerin Frau Özkan mit der Bitte, den Antrag der IGS Linden zu unterstützen

Das lange vergeblich verfolgte Anliegen des Bereiches Schulsozialarbeit an der IGS Linden ließe sich in diesem Jahr lösen, indem die Erzieherstelle, nach Ausscheiden des Kollegen Eggers, in eine Sozialpädagogenstelle umgewandelt und diese dann durch einen türkisch stämmigen Mitarbeiter besetzt wird.

Die IGS Linden zählt rund 300 türkische Familien, deren Kinder und Jugendliche durch sie beschult werden. Keine andere niedersächsische Schule hat eine vergleichbar große Gruppe migrantischer SchülerInnen aus *einem* speziellen Kulturkreis. Alle Bemühungen, dieser großen Gruppe von SchülerInnen und Eltern mehr gerecht zu werden, ihre Integration und Partizipation an dieser Schule zu unterstützen indem ein türkisch stämmiger Sozialpädagoge an der IGS Linden eingestellt wird, liefen bislang ins Leere. Von vielfältiger Seite (s.o.) wurde das Anliegen unterstützt und inhaltlich mitgetragen. Sogar das Kultusministerium bescheinigte 2009 den erhöhten Bedarf und unterstützte die Einrichtung einer zusätzlichen, inhaltlich auf türkische MigrantInnen fokussierten Stelle an der IGS Linden. Gescheitert ist die Einrichtung der Stelle letztendlich immer an den finanziellen Mitteln.

Qualifizierte, türkisch stämmige, männliche Sozialpädagogen sind absolut rar und werden vielerseits nachgefragt. Die IGS Linden hat seit vielen Jahren das Glück, dass sich Herr Somji an der Schule engagiert. Seit 2004 arbeitet er hoch motiviert und sehr engagiert in Projekten der Schule auf Honorarbasis mit („Themenelternabende“ für Eltern mit Migrationshintergrund, „Yes, we can“ – Motivationsprojekt für abschlussgefährdete Jugendliche mit Migrationshintergrund, „Accept“- Projekt für sozial auffällige Jungen u.v.m.), wurde über verschiedene Träger stundenweise an der Schule im Beratungsbereich tätig, erhielt die reduzierten Stunden aus Teilzeitverträgen hauptamtlicher MitarbeiterInnen und ist bis heute stundenweise über eine Stiftung an der IGS Linden tätig.

Interfraktioneller Antrag

(Antrag Nr. 15-1615/2014)

Eingereicht am 01.07.2014 um 19:50 Uhr.

Modellprojekt digitale Bürgerbeteiligung: Einrichtung eines öffentlichen Forums zu Themen des Bezirksrates

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept für ein öffentliches Online-Forum zu erstellen, in dem die Einwohnerinnen und Einwohner die Drucksachen des Bezirksrates sowie auch generell Themen und Fragestellungen des Stadtbezirks kommentieren und diskutieren können.

Diese Erweiterung der digitalen Bürgerbeteiligung soll als Modellprojekt verstanden werden und nach erfolgreicher Evaluierung auch anderen Bezirksräten sowie auf Ratsebene zur Verfügung stehen.

Begründung

Politische Willensbildung und Meinungsäußerung findet zunehmend online statt. Mit einem leicht zu bedienenden Forum soll den Einwohnerinnen und Einwohnern ein zeitgemäßer, zusätzlicher Weg zu Information und Beteiligung geöffnet werden. Wir sehen es auch als eine Pflicht der Politik an, den Bürgerinnen und Bürgern so weit wie möglich entgegenzukommen, Beteiligung einfach zu gestalten und moderne Kommunikationswege und -technik zu nutzen. Die Umsetzung entspräche auch dem Versprechen des Oberbürgermeisters Schostok, mehr Bürgerbeteiligung in Hannover verwirklichen zu wollen. Hinsichtlich der Barrierefreiheit sollte das Forum den Standards des aktuellen Online-Sitzungsmanagements entsprechen.

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Drucks. Nr. 15-1615/2014

Interfraktioneller / Gemeinsamer Antrag

Stadtbezirksrat Linden/Limmer
Bezirksbürgermeister und
FB Rats- und Bezirkratsangelegenheiten
OE 18.62.10 -
Trammplatz 2, Rathaus
30159 Hannover

01.07.14

Antrag

Modellprojekt digitale Bürgerbeteiligung: Einrichtung eines öffentlichen Forums zu Themen des Bezirkrates

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept für ein öffentliches Online-Forum zu erstellen, in dem die Einwohnerinnen und Einwohner die Drucksachen des Bezirkrates sowie auch generell Themen und Fragestellungen des Stadtbezirks kommentieren und diskutieren können.

Diese Erweiterung der digitalen Bürgerbeteiligung soll als Modellprojekt verstanden werden und nach erfolgreicher Evaluierung auch anderen Bezirkräten sowie auf Ratsebene zur Verfügung stehen.

Begründung:

Politische Willensbildung und Meinungsäußerung findet zunehmend online statt. Mit einem leicht zu bedienenden Forum soll den Einwohnerinnen und Einwohnern ein zeitgemäßer, zusätzlicher Weg zu Information und Beteiligung geöffnet werden. Wir sehen es auch als eine Pflicht der Politik an, den Bürgerinnen und Bürgern so weit wie möglich entgegenzukommen, Beteiligung einfach zu gestalten und moderne Kommunikationswege und -technik zu nutzen. Die Umsetzung entspräche auch dem Versprechen des Oberbürgermeisters Schostok, mehr Bürgerbeteiligung in Hannover verwirklichen zu wollen.

Hinsichtlich der Barrierefreiheit sollte das Forum den Standards des aktuellen Online-Sitzungsmanagements entsprechen.

Bündnis 90/Die Grünen

CDU

Die Linke

Piraten

SPD

Jörg Schimke



CDU – Fraktion im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Herrn
Bezirksbürgermeister
Rainer-Jörg Grube
über OE 18.62.10
Rathaus

30159 Hannover

CDU Fraktion
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Christian Eggers
Fraktionsvorsitzender
Hufelandstr. 9
30453 Hannover
eggerts_christian@t-online.de
www.cdu-linden-limmer.de

11.05.2014

Antrag gem. § 10 der GO des Rates der LH Hannover in die nächste Sitzung
des Bezirksrates Linden-Limmer

Erhöhung der Taktfrequenz auf Stadtbahnlinie 9 im Berufsverkehr

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung der LH Hannover wird gebeten, mit der Region Hannover und der üstra Gespräche aufzunehmen, die das Ziel haben, die Taktfrequenz auf der Stadtbahnlinie 9 möglichst zum nächsten Fahrplanwechsel in der Zeit zwischen 6:30 und 8:30 Uhr sowie in der Zeit zwischen 16:00 und 18:00 Uhr zwischen dem Endhaltepunkt Empelde und dem Hauptbahnhof Hannover durch Unterstützer-Züge auf einen 5-Minuten-Takt zu erhöhen.

Begründung:

Erfreulicherweise wird die Linie 9 im Bereich Linden gerade im Berufs- und Schülerverkehr stark genutzt. Auf Grund des hohen Fahrgastaufkommens sind die Bahnen in den genannten Zeiten sehr voll. Das Zusteigen für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste und Eltern mit Kinderwagen erweist sich dadurch als sehr schwierig.

Christian Eggers
Fraktionsvorsitzender

<p style="text-align: center;">Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Antrag Nr. 15-1618/2014)</p>
--

Eingereicht am 01.07.2014 um 19:50 Uhr.

Entwicklung des Ihmezentrums

Antrag

Der Bezirksrat beschließt:

Die Verwaltung und die Stadtspitze der LHH werden gebeten, den Bezirksrat regelmäßig über Veränderungen in der Problemlage zu informieren. Können diese Mitteilungen nicht öffentlich erfolgen, sollten zumindest vertrauliche, ggf. auch schriftliche, Unterrichtungen erfolgen.

Außerdem wird angeregt, aktiv und gemeinsam mit der Stadtgesellschaft Ideen und Konzepte für die Entwicklung des Ihmezentrums zu erarbeiten.

Begründung

Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass eine Angelegenheit mit der Tragweite des Ihmezentrums hinter verschlossenen Türen bearbeitet wird, ohne dass der Stadtteil eingebunden ist. Die ortsnahen AnsprechpartnerInnen für die Bürgerschaft sind die Bezirksräte. Sie können ihrer Funktion als Bindeglied aber nur nachkommen, wenn sie über Stadtteilbelange frühzeitig und umfassend informiert sind und fortlaufend über Entwicklungen unterrichtet bleiben. Zum Thema Ihmezentrum geschieht das seit Jahren nicht mehr, oder nur durch die Presse. Das muss sich im Interesse der drohenden weiteren negativen Entwicklung ändern.

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

**Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer**



GRÜNE, Dr. S. Kleinhüchelkotten, Fröbelstr. 7, 30451 Hannover

An den
Stadtbezirksrat Linden/Limmer
- über den Bezirksbürgermeister und
über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirkratsangelegenheiten OE 18.62.10-
Trammplatz 2, Rathaus
30159 Hannover

Dr. Silke Kleinhüchelkotten
Fraktionsvorsitzende
Fröbelstraße 7
30451 Hannover
Telefon d: 47391513
www.gruene-hannover.de

01. Juli 2014

Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates
in die nächste Sitzung des Bezirkrates am 21.05.2014

Entwicklung des Ihmezentrums

Der Bezirksrat beschließt:

Die Verwaltung und die Stadtspitze der LHH werden gebeten, den Bezirksrat regelmäßig über Veränderungen in der Problemlage zu informieren. Können diese Mitteilungen nicht öffentlich erfolgen, sollten zumindest vertrauliche, ggf. auch schriftliche, Unterrichtungen erfolgen.

Außerdem wird angeregt, aktiv und gemeinsam mit der Stadtgesellschaft Ideen und Konzepte für die Entwicklung des Ihmezentrums zu erarbeiten.

Begründung:

Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass eine Angelegenheit mit der Tragweite des Ihmezentrums hinter verschlossenen Türen bearbeitet wird, ohne dass der Stadtteil eingebunden ist. Die orts-nahen AnsprechpartnerInnen für die Bürgerschaft sind die Bezirksräte. Sie können ihrer Funktion als Bindeglied aber nur nachkommen, wenn sie über Stadtteilbelange frühzeitig und umfassend informiert sind und fortlaufend über Entwicklungen unterrichtet bleiben. Zum Thema Ihmezentrum geschieht das seit Jahren nicht mehr, oder nur durch die Presse. Das muss sich im Interesse der drohenden weiteren negativen Entwicklung ändern.

(Dr. Silke Kleinhüchelkotten, Fraktionsvorsitzende)

<p style="text-align: center;">Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Antrag Nr. 15-1619/2014)</p>
--

Eingereicht am 01.07.2014 um 19:50 Uhr.

Müllbehälter in öffentlichen Grünanlagen bedarfsgerecht aufstellen und leeren

Antrag

Der Bezirksrat beschließt:

Die LHH wird gebeten, die Müllbehälter in den viel genutzten öffentlichen Grünanlagen des Stadtbezirks durch größere Behälter mit Deckel zu ersetzen und diese zudem bedarfsgerecht, also häufiger, zu leeren.

Begründung

Die HAZ berichtet am 10.06.14 („Linden-Nord – Hannovers schmutzigster Stadtteil?“ / siehe Anhang) über den Müll, der in den Grünflächen herumliegt. Die Bilder im Anhang zeigen, dass die vorhandenen Behälter zwar benutzt werden, aber offensichtlich nicht groß genug sind oder von Krähen nach der Befüllung geplündert werden. Diesem Problem wird in anderen Städten, aber auch an den Kiesteichen mit größeren Behältern begegnet, die zudem mit einem Deckel versehen sind (Bild siehe Anhang). Wir regen an, diese Behälter auch in den besonders stark frequentierten Grünflächen aufzustellen und regelmäßig zeitnah nach Schönwetterperioden zu leeren. Das erspart frühzeitig weitere Kosten der Reinigung ganzer vermüllter Flächen.

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Der zwei Jahre alte Sohn einer Familie aus Hannover ist bei einem Unfall in Minden (Nordrhein-Westfalen) ums Leben gekommen. Der Junge ertrank am Sonntag, nachdem er mit einem Freund beim Spielen in einen Gartenteich gefallen waren. Der vierjährige Junge überlebte das Unglück knapp.

Nach Angaben der Polizei waren bei den Kindern mit ihren Familien aus Hannover und Minden zu Besuch bei ihren Großeltern. Während sich die Erwachse-

nen auf der Terrasse aufhielten, spielten die zwei Jungen im Garten. Dabei gingen sie auf das Nachbargrundstück und stürzten gegen 15.30 Uhr in den dort angelegten Schwimmteich. Obwohl beide kurz darauf aus dem Wasser geborgen wurden und zwei Notärzte um ihr Leben kämpften, kam für den Zweijährigen jede Hilfe zu spät. Er starb wenig später in einem Krankenhaus in Minden. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen zu den Todesumständen aufgenommen. */ki*

rian Wesemeier, Einsatzleiter der DLRG Anderten: „Sie waren nur wenige Minuten nach dem Alarm am Unglücksort.“ Auch die 16 weiteren Rettungsschwimmer bemerkten das Verschwinden des jungen Mannes erst nach dem Alarm. „Weil Ertrinkende es meist nicht schaffen, um Hilfe zu rufen, ist es bei großem Betrieb schwierig, alles zu überblicken“, sagt Einsatzleiter Wesemeier. Die Polizei hat Ermittlungen zur Todesursache aufgenommen. Sie geht aber von einem Unglück aus.



Eindrücke aus Altwarmbüchen
unter www.haz.li/schwimmer



Foto: Hagemann

Zum Picknick werden verpackte Waren mitgebracht – aber die Verpackungen leer wieder mitzunehmen, scheint zu schwer: Müll im kleinen Park am Faust-Gelände.

Hannovers schmutzigster Stadtteil?

Klagen über volle Abfalleimer und haufenweise herumliegenden Müll in Linden-Nord

VON VERONIKA THOMAS

Hannover kann auf ein langes Festwochenende zurückblicken, das es in sich hatte: Am Maschsee-Nordufer feuerten Zehntausende Besucher die Mannschaften beim Drachenbootrennen an, zum Bierfest rund um die Marktkirche kamen rund 50 000 Besucher, zum Christopher Street Day auf den Opernplatz noch einmal rund 3000 Feierende. Und trotzdem fand, wer gestern durch Hannover spazierte, eine saubere Innenstadt vor. In Linden-Nord aber türmten sich neben vielen Mülleimern haufenweise Reste vom Grillen.

Vor allem neben der Ihme und im August-Baumgarte-Gang, der durch den kleinen Park neben dem Faust-Gelände

führt, gab es keinen Mülleimer, neben dem sich nicht noch weiterer Abfall türmte: leere Würstchenverpackungen, Aluschalen, Plastikteller, manchmal ganze Säcke voller Müll. „Es ist bedauerlich, dass Bürger ihren Müll einfach liegen lassen, auch wenn die Müllbehälter voll sind“, sagte gestern Stadtsprecher Andreas Möser. „Ich glaube, Linden-Nord ist der schmutzigste Stadtteil in Hannover“, befand eine entrüstete Anwohnerin. „Hier liegen auch viele Glascherben, das ist manchmal richtig gefährlich.“

Der Normalbetrieb der Abfallentsorgung schließt die Innenstadt auch an den Wochenenden mit ein, sagt Möser. Das gelte aber nicht für die Stadtteile ringsherum. Dort werde der Müll frühes-

tens wieder von heute an abgeholt. Auch Flächen, wo noch vor wenigen Jahren regelmäßig nach sonnigen Wochenenden der Müll flächendeckend lag – im Maschpark etwa oder im Georgengarten – waren am Ende des Pfingstwochenendes weitgehend sauber. Im Maschpark, einem historischen Gartendenkmal, ist Grillen verboten, und das steht inzwischen auf allen dort aufgestellten Abfallbehältern. Im Georgengarten, über den es insbesondere 2011 viele Besucherklagen über Müllreste von Grillfesten gab, kontrolliert die Stadt die Müllbehälter inzwischen auch sonnabends – offenbar mit Erfolg.



Weitere Bilder unter www.haz.li/pfingstmuell

HAZ 10.06.2014

MARKENRENNRÄDER



Speedster 20

MARKENMTB



Trail SL 29.4

MARKENTREKKING



Transerra 8

MARKENE-BIKES

viele TOPANGEBOTE!

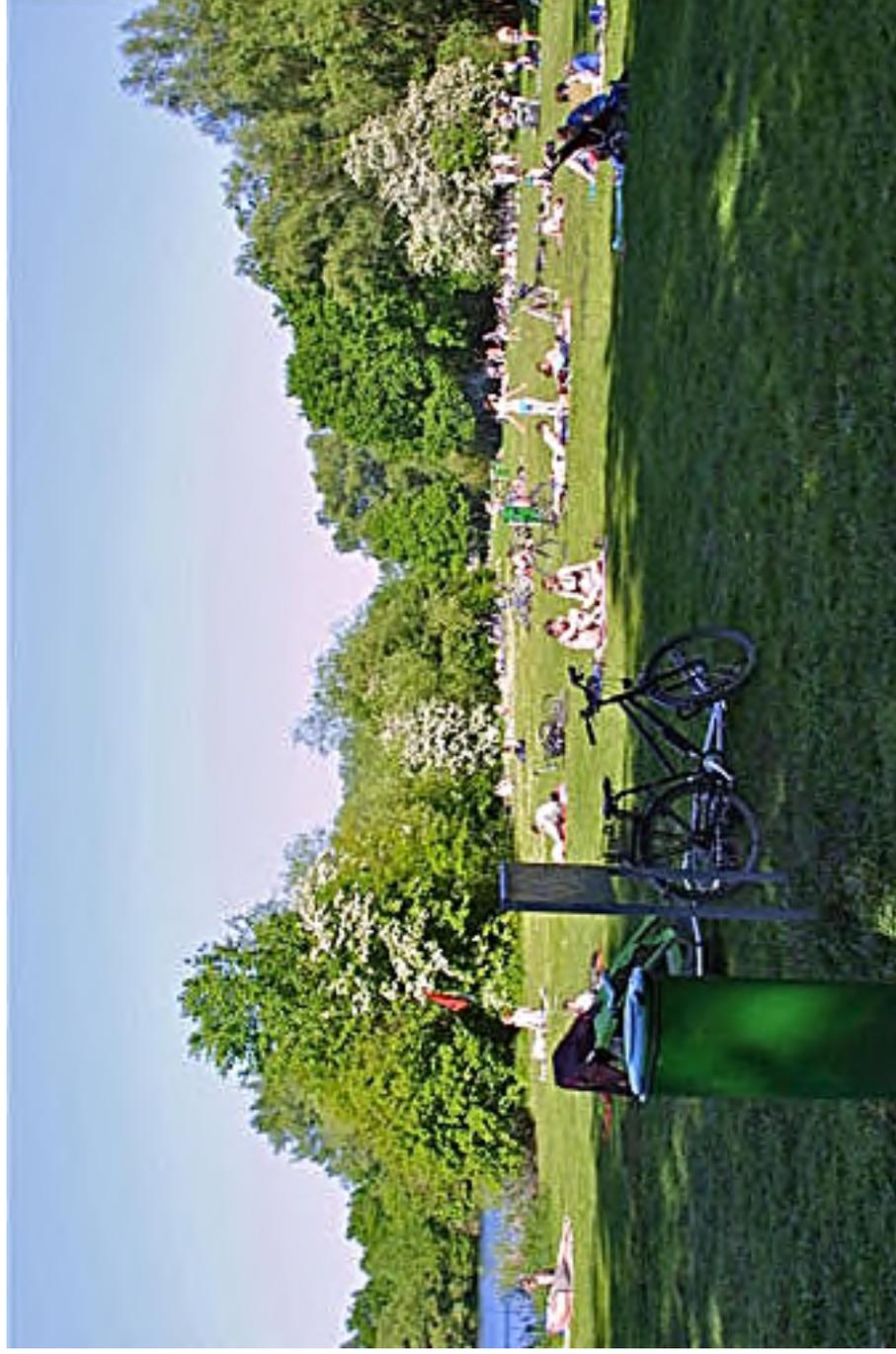






HAZ - Bilder vom Pfingstmüll (im Internet)





Müllbehälter mit Deckel an den Ricklinger Kiesteichen

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

(Antrag Nr. 15-1620/2014)

Eingereicht am 01.07.2014 um 19:50 Uhr.

Die Aufpflasterung innerhalb des Taxiplatzes Kötnerholzweg soll rückgebaut werden

Antrag

Der Bezirksrat beschließt:

Die Verwaltung der LHH wird gebeten, die Aufpflasterung innerhalb des Taxiplatzes im Kötnerholzweg zurückzubauen, um so die gefahrlose Nutzung des benachbarten Radstreifens wieder zu ermöglichen.

Begründung

Die Straßenverkehrsbehörde hat nach dem Umbau des Kötnerholzwegs nachträglich den Taxenplatz erweitert, da sich die eigentlich vorgesehene Anzahl der Stellplätze als unzureichend herausgestellt hat. Es ist aber unterblieben, die nun innerhalb des Taxenplatzes liegende Aufpflasterung zurückzubauen, obwohl das lt. telefonischer Auskunft eigentlich geplant war (siehe Bilder > Anlage). Im Alltag stehen nun die Taxis entweder halb (und damit behindernd) auf dem Radstreifen oder halbhoch auf der Aufpflasterung. Beides ist an dieser Stelle für die Verkehrssicherheit abträglich und sollte zeitnah nachgebessert werden.

18.62.10

Hannover / 02.07.2014

**Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer**



GRÜNE, Dr. S. Kleinhüchelkotten, Fröbelstr. 7, 30451 Hannover

An den
Stadtbezirksrat Linden/Limmer
- über den Bezirksbürgermeister und
über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten OE 18.62.10-
Trammplatz 2, Rathaus
30159 Hannover

Dr. Silke Kleinhüchelkotten
Fraktionsvorsitzende
Fröbelstraße 7
30451 Hannover
Telefon d: 47391513
www.gruene-hannover.de

01. Juli 2014

Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates
in die nächste Sitzung des Bezirksrates am 21.05.2014

Die Aufpflasterung innerhalb des Taxiplatzes Kötnerholzweg soll rückgebaut werden

Der Bezirksrat beschließt:

Die Verwaltung der LHH wird gebeten, die Aufpflasterung innerhalb des Taxiplatzes im Kötnerholzweg zurückzubauen, um so die gefahrlose Nutzung des benachbarten Radstreifens wieder zu ermöglichen.

Begründung:

Die Straßenverkehrsbehörde hat nach dem Umbau des Kötnerholzwegs nachträglich den Taxenplatz erweitert, da sich die eigentlich vorgesehene Anzahl der Stellplätze als unzureichend herausgestellt hat. Es ist aber unterblieben, die nun innerhalb des Taxenplatzes liegende Aufpflasterung zurückzubauen, obwohl das lt. telefonischer Auskunft eigentlich geplant war (siehe Bilder > Anlage). Im Alltag stehen nun die Taxis entweder halb (und damit hindernd) auf dem Radstreifen oder halbhoch auf der Aufpflasterung. Beides ist an dieser Stelle für die Verkehrssicherheit abträglich und sollte zeitnah nachgebessert werden.

(Dr. Silke Kleinhüchelkotten, Fraktionsvorsitzende)



SPD-Fraktion (Antrag Nr. 15-1621/2014)
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 12:50 Uhr.

Tempo 30 Zone Stephanusstr.-Lindener Marktplatz**Antrag**

Der Stadtbezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, die Beschilderung im Straßenzug Stephanusstr. - Lindener Marktplatz

zu verdeutlichen und eine temporäre Verkehrsüberwachung einzurichten

Begründung

Im genannten Straßenzug wird häufig schneller als Tempo 30 gefahren. Da hier oft Kinder unterwegs sind, ist die Einhaltung des Tempolimits besonders wichtig. Daher sollten die Tempo 30 Zeichen auf der Fahrbahn erneuert werden und die Beschilderung sollte ergänzt werden.

Eine temporäre Überwachung würde eine zusätzliche Aufmerksamkeit erreichen

18.62.10

Hannover / 02.07.2014

Eike Geffers * Konkordiastraße 14A * 30449 Hannover * Tel.: 44 82 89 * email: geffers@eike-geffers.de

An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Herrn Rainer-Jörg Grube
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 10.15.3
Trammplatz 2, Rathaus

Hannover, den 02.07. 2014

30159 Hannover

Antrag

gemäß § 32 in Verb. mit § 10 der Geschäftsordnung des Rates für die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer:

Tempo 30 Zone Stephanusstr.-Lindener Marktplatz

Der Stadtbezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, die Beschilderung im Straßenzug Stephanusstr.-Lindener Marktplatz zu verdeutlichen und eine temporäre Verkehrsüberwachung einzurichten.

Begründung:

Im genannten Straßenzug wird häufig schneller als Tempo 30 gefahren. Da hier oft Kinder unterwegs sind, ist die Einhaltung des Tempolimits besonders wichtig. Daher sollten die Tempo 30 Zeichen auf der Fahrbahn erneuert werden und die Beschilderung sollte ergänzt werden.

Eine temporäre Überwachung würde eine zusätzliche Aufmerksamkeit erreichen.

Ulrike Lemke
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Bezirksrathsherr Jörg Schimke

(Antrag Nr. 15-1607/2014)

Eingereicht am 30.06.2014 um 00:55 Uhr.

Fahrradständer vor dem Ferry aufstellen

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, vor dem Eingang auf der Biergartenseite der Ferry-Event-Hall im Freizeitheim Linden Fahrradständer aufzustellen.

Begründung

Das Ferry im Freizeitheim Linden wird von Fahrradfahrern besucht. Samstagabends sind es je nach Veranstaltung grob geschätzt rund zehn Fahrräder, manchmal auch zwanzig oder auch nur fünf. Sie werden derzeit an Werbetafeln und Geländer angeschlossen oder frei aufgestellt. Aus Gründen der Bequemlichkeit bringt niemand sein Fahrrad zu den Ständern am Haupteingang des Freizeitheims. Im Sommer zieht auch der Biergarten am Ferry Fahrrad fahrende Gäste an. Eine Mitwirkung des Betreibers ist sinnvoll, weil Fahrradständer sich positiv auf die Anzahl der Gäste auswirken. Schön wäre es, wenn passend zum Umfeld Fahrradständer beispielsweise aus rustikalem Holz oder eine kreative Idee aus Stahl aufgestellt werden könnten.

18.62.10

Hannover / 01.07.2014

Drucks. Nr. 15-1607/2014

Jörg Schimke Stockmannstr. 11 30451 Hannover
Stadtbezirksrat Linden/Limmer
Bezirksbürgermeister und
FB Rats- und Bezirkratsangelegenheiten
OE 18.62.10 -
Trammplatz 2, Rathaus
30159 Hannover

Jörg Schimke
Einzelvertreter im
Bezirksrat Linden-Limmer
Stockmannstraße 11
30451 Hannover
Telefon (0176) 22 74 51 57
joerg.schimke@gmail.com

30.06.14

Antrag

Fahrradständer vor dem Ferry aufstellen

Die Verwaltung wird gebeten, vor dem Eingang auf der Biergartenseite der Ferry-Event-Hall im Freizeitheim Linden Fahrradständer aufzustellen.

Begründung:

Das Ferry im Freizeitheim Linden wird von Fahrradfahrern besucht. Samstagabends sind es je nach Veranstaltung grob geschätzt rund zehn Fahrräder, manchmal auch zwanzig oder auch nur fünf. Sie werden derzeit an Werbetafeln und Geländer angeschlossen oder frei aufgestellt. Aus Gründen der Bequemlichkeit bringt niemand sein Fahrrad zu den Ständern am Haupteingang des Freizeitheims. Im Sommer zieht auch der Biergarten am Ferry Fahrrad fahrende Gäste an. Eine Mitwirkung des Betreibers ist sinnvoll, weil Fahrradständer sich positiv auf die Anzahl der Gäste auswirken. Schön wäre es, wenn passend zum Umfeld Fahrradständer beispielsweise aus rustikalem Holz oder eine kreative Idee aus Stahl aufgestellt werden könnten.



Jörg Schimke

<p style="text-align: center;">Fraktion Die Linke. (Anfrage Nr. 15-1634/2014)</p>
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 14:49 Uhr.

Sachstand Ihmezentrum

Laut verschiedenen Presseberichten behauptet die CDU-Ratsfraktion, dass die Verwaltung der LHH vor dem Ihmezentrum kapituliert. Des Weiteren war der Presse zu entnehmen, dass die Stadtwerke langfristig ihren Auszug aus dem Komplex Ihmezentrum planen. Der nächste Versteigerungstermin ist für den 5. August 2014 angesetzt.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Hat die Verwaltung aktuelle Informationen zum Sachstand des Ihmezentrums?
2. Ist der Sitz der Verwaltung der Stadtwerke weiterhin im Stadtbezirk Linden-Limmer geplant?
3. Ist im Konzept der LHH für das Ihmezentrum „studentisches Wohnen“ in den Gebäudekomplexen vorgesehen?

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Chalottenstraße 52/54
30449 Hannover

über das Amt für zentrale Dienste
für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Trammplatz 2
30159 Hannover

☎ 0176 - 470 305 61
dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 2. Juli 2014

Anfrage gemäß § 14 in Verbindung mit § 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt:

Sachstand Ihmezentrum

Laut verschiedenen Presseberichten behauptet die CDU-Ratsfraktion, dass die Verwaltung der LHH vor dem Ihmezentrum kapituliert. Des Weiteren war der Presse zu entnehmen, dass die Stadtwerke langfristig ihren Auszug aus dem Komplex Ihmezentrum planen. Der nächste Versteigerungstermin ist für den 5. August 2014 angesetzt.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Hat die Verwaltung aktuelle Informationen zum Sachstand des Ihmezentrums?
2. Ist der Sitz der Verwaltung der Stadtwerke weiterhin im Stadtbezirk Linden-Limmer geplant?
3. Ist im Konzept der LHH für das Ihmezentrum „studentisches Wohnen“ in den Gebäudekomplexen vorgesehen?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender



i.A. Fares Rahabi
Bezirksrätekoordinator der Ratsfraktion DIE LINKE Hannover

<p style="text-align: center;">Fraktion Die Linke. (Anfrage Nr. 15-1630/2014)</p>
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 14:49 Uhr.

"Hamburger Modell"

Wohnungsnot und Mietpreisentwicklung bedroht zahlreiche Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk Linden-Limmer. Immer mehr EinwohnerInnen stehen vor der Situation, dass sie Mieten und Nebenkosten nicht mehr aufbringen können.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Gibt es Überlegungen der Verwaltung mittels einer „Milieuschutzsatzung“ die Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten aus dem Stadtbezirk Linden-Limmer zu verhindern?
2. Ist der Verwaltung das „Hamburger Modell“ bekannt, wo u.a. bei Neubauten mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen geschaffen werden müssen?
3. Wie wäre das „Hamburger Modell“ für den Stadtbezirk Linden-Limmer umsetzbar?

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Chalottenstraße 52/54
30449 Hannover

über das Amt für zentrale Dienste
für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Trammplatz 2
30159 Hannover

☎ 0176 - 470 305 61
dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 2. Juli 2014

Anfrage gemäß § 14 in Verbindung mit § 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt:

„Hamburger Modell“

Wohnungsnot und Mietpreisentwicklung bedroht zahlreiche Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk Linden-Limmer. Immer mehr EinwohnerInnen stehen vor der Situation, dass sie Mieten und Nebenkosten nicht mehr aufbringen können.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Gibt es Überlegungen der Verwaltung mittels einer „Milieuschutzsatzung“ die Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten aus dem Stadtbezirk Linden-Limmer zu verhindern?
2. Ist der Verwaltung das „Hamburger Modell“ bekannt, wo u.a. bei Neubauten mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen geschaffen werden müssen?
3. Wie wäre das „Hamburger Modell“ für den Stadtbezirk Linden-Limmer umsetzbar?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender



i.A. Fares Rahabi
Bezirksrätekoordinator der Ratsfraktion DIE LINKE Hannover

<p style="text-align: center;">Fraktion Die Linke. (Anfrage Nr. 15-1636/2014)</p>
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 15:00 Uhr.

Wohnungsleerstand im Stadtbezirk Linden-Limmer

Die Wohnungsnot in der Landeshauptstadt Hannover führt zu einer dramatischen Erhöhung der Mieten im Stadtbezirk Linden-Limmer. Immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner können diese kaum mehr bezahlen und drohen aus dem Stadtteil verdrängt zu werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie hoch ist der Wohnungsleerstand im Stadtbezirk Linden-Limmer?
2. Gibt es Überlegungen der Stadtverwaltung Leerstände mittels einer „Zweckentfremdungssatzung“ im Stadtbezirk Linden-Limmer und darüber hinaus zu verhindern?
3. Gibt es Erkenntnisse der Stadtverwaltung Hannover hinsichtlich der Entwicklung der Immobilienpreise im Stadtbezirk Linden-Limmer?

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Chalottenstraße 52/54
30449 Hannover

über das Amt für zentrale Dienste
für Rats- und Bezirkratsangelegenheiten
Trammpfad 2
30159 Hannover

☎ 0176 - 470 305 61
dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 2. Juli 2014

Anfrage gemäß § 14 in Verbindung mit § 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt:

Wohnungsleerstand im Stadtbezirk Linden-Limmer

Die Wohnungsnot in der Landeshauptstadt Hannover führt zu einer dramatischen Erhöhung der Mieten im Stadtbezirk Linden-Limmer. Immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner können diese kaum mehr bezahlen und drohen aus dem Stadtteil verdrängt zu werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie hoch ist der Wohnungsleerstand im Stadtbezirk Linden-Limmer?
2. Gibt es Überlegungen der Stadtverwaltung Leerstände mittels einer „Zweckentfremdungssatzung“ im Stadtbezirk Linden-Limmer und darüber hinaus zu verhindern?
3. Gibt es Erkenntnisse der Stadtverwaltung Hannover hinsichtlich der Entwicklung der Immobilienpreise im Stadtbezirk Linden-Limmer?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender



i.A. Fares Rahabi
Bezirksrätekoordinator der Ratsfraktion DIE LINKE Hannover

<p style="text-align: center;">Fraktion Die Linke. (Anfrage Nr. 15-1633/2014)</p>
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 15:00 Uhr.

Stadtteilbibliothek im FZH-Linden

Bezüglich der Planungen für die „Wasserstadt“ in Limmer ist auch die Schaffung städtischer Infrastruktur erforderlich. Dazu gehört auch das Betreiben einer weiteren Stadtteilbibliothek im Stadtbezirk Linden-Limmer. Die gegen heftigsten Widerstand der Bevölkerung erfolgte Schließung der Stadtteilbibliothek im Freizeitheim Linden, hat sich bereits jetzt als Fehler erwiesen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Einnahmen sind der LHH durch den Leerstand der ehemaligen Räume der Stadtteilbibliothek im FZH-Linden (Miet- und Nebenkosten) entgangen?
2. Welche Kosten würden durch die Wiedereinrichtung einer Stadtteilbibliothek in den Räumlichkeiten des FZH-Lindens entstehen?
3. Wie hoch wären die Betriebskosten einer Stadtteilbibliothek im FZH-Linden?

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Chalottenstraße 52/54
30449 Hannover

über das Amt für zentrale Dienste
für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Trammplatz 2
30159 Hannover

☎ 0176 - 470 305 61
dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 2. Juli 2014

Anfrage gemäß § 14 in Verbindung mit § 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt:

Stadtteilbibliothek im FZH-Linden

Bezüglich der Planungen für die „Wasserstadt“ in Limmer ist auch die Schaffung städtischer Infrastruktur erforderlich. Dazu gehört auch das Betreiben einer weiteren Stadtteilbibliothek im Stadtbezirk Linden-Limmer. Die gegen heftigsten Widerstand der Bevölkerung erfolgte Schließung der Stadtteilbibliothek im Freizeithaus Linden, hat sich bereits jetzt als Fehler erwiesen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Einnahmen sind der LHH durch den Leerstand der ehemaligen Räume der Stadtteilbibliothek im FZH-Linden (Miet- und Nebenkosten) entgangen?
2. Welche Kosten würden durch die Wiedereinrichtung einer Stadtteilbibliothek in den Räumlichkeiten des FZH-Lindens entstehen?
3. Wie hoch wären die Betriebskosten einer Stadtteilbibliothek im FZH-Linden?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender



i.A. Fares Rahabi
Bezirksrätekoordinator der Ratsfraktion DIE LINKE Hannover

<p style="text-align: center;">Fraktion Die Linke. (Anfrage Nr. 15-1632/2014)</p>
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 15:49 Uhr.

Sanierung des Fössebades

Die geplante Wasserstadt in Limmer erfordert u.a. eine Sanierung des Fössebades im Stadtbezirk Linden-Limmer. Der Erhalt des Bades ist für den Stadtbezirk Linden-Limmer unverzichtbar.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Gibt es aktuelle Arbeitsergebnisse aus dem Arbeitskreis zur Bäderanalyse?
2. Welche Haushaltsmittel müssten für eine vollständige Sanierung des Fössebades einschließlich des Freibades in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 veranschlagt werden?
3. Welche verwaltungsmäßigen Schritte müssten unternommen werden, um das Freibad im Jubiläumsjahr „900 Jahre Linden“ 2015 wieder zu eröffnen?

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

über das Amt für zentrale Dienste
für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Trammplatz 2
30159 Hannover

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Chalottenstraße 52/54
30449 Hannover

☎ 0176 - 470 305 61
dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 2. Juli 2014

Anfrage gemäß § 14 in Verbindung mit § 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt:

Sanierung des Fössebades

Die geplante Wasserstadt in Limmer erfordert u.a. eine Sanierung des Fössebades im Stadtbezirk Linden-Limmer. Der Erhalt des Bades ist für den Stadtbezirk Linden-Limmer unverzichtbar.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Gibt es aktuelle Arbeitsergebnisse aus dem Arbeitskreis zur Bäderanalyse?
2. Welche Haushaltsmittel müssten für eine vollständige Sanierung des Fössebades einschließlich des Freibades in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 veranschlagt werden?
3. Welche verwaltungsmäßigen Schritte müssten unternommen werden, um das Freibad im Jubiläumsjahr „900 Jahre Linden“ 2015 wieder zu eröffnen?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender



i.A. Fares Rahabi
Bezirksrätekoordinator der Ratsfraktion DIE LINKE Hannover

<p style="text-align: center;">Fraktion Die Linke. (Anfrage Nr. 15-1635/2014)</p>
--

Eingereicht am 02.07.2014 um 15:00 Uhr.

Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität auf der Limmerstraße

Mit ihrem offenen Brief an den Bezirksrat Linden-Limmer fordert die u.a. von einigen SPD-Mitgliedern unterstützte „Nachbarschaftsinitiative Linden-Nord“ einen runden Tisch zum Thema: „Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität auf der Limmerstraße“ öffentlich einzuladen. Des Weiteren wird zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität die Prüfung des Projektes „Nachtfalken“ aus Bremen gefordert und Kulturschaffende aus Linden-Limmer aufgefordert, mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität zu werben. Zudem wird eine punktuelle Videoüberwachung vorgeschlagen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Inwieweit ist die Anzahl von Ordnungswidrigkeiten und Gewaltdelikten auf der Limmerstraße angestiegen und wenn ja, sieht die Polizeidirektion Hannover für die Limmerstraße einen besonderen Handlungsbedarf?
2. Gibt es Bestrebungen der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion Hannover hoheitliche Aufgaben an interkulturelle Projekte bürgerschaftlichen Engagements in Bezug auf die Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten und insbesondere der Gewaltkriminalität zu übertragen?

18.62.10
Hannover / 02.07.2014

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Chalottenstraße 52/54
30449 Hannover

über das Amt für zentrale Dienste
für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Tramplatz 2
30159 Hannover

☎ 0176 - 470 305 61
dirk.machentanz@gmx.net

Hannover, 2. Juli 2014

Anfrage gemäß § 14 in Verbindung mit § 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt:

Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität auf der Limmerstraße

Mit ihrem offenen Brief an den Bezirksrat Linden-Limmer fordert die u.a. von einigen SPD-Mitgliedern unterstützte „Nachbarschaftsinitiative Linden-Nord“ einen runden Tisch zum Thema: „Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität auf der Limmerstraße“ öffentlich einzuladen. Des Weiteren wird zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität die Prüfung des Projektes „Nachtfalke“ aus Bremen gefordert und Kulturschaffende aus Linden-Limmer aufgefordert, mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen Ordnungswidrigkeiten und Gewaltkriminalität zu werben. Zudem wird eine punktuelle Videoüberwachung vorgeschlagen.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Inwieweit ist die Anzahl von Ordnungswidrigkeiten und Gewaltdelikten auf der Limmerstraße angestiegen und wenn ja, sieht die Polizeidirektion Hannover für die Limmerstraße einen besonderen Handlungsbedarf?
2. Gibt es Bestrebungen der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion Hannover hoheitliche Aufgaben an interkulturelle Projekte bürgerschaftlichen Engagements in Bezug auf die Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten und insbesondere der Gewaltkriminalität zu übertragen?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Machentanz
Fraktionsvorsitzender



i.A. Fares Rahabi
Bezirksrätekoordinator der Ratsfraktion DIE LINKE Hannover